

Freiwilliges Engagement und politische Partizipation. Auf der Suche nach Verbindungen.

Die Aussagen dieses Beitrags lassen sich in vier Thesen bündeln:

1. Dass freiwilliges Engagement und Partizipation unter dem Dach eines übergreifenden bürgerschaftlichen Engagements zusammenfinden ist eine Behauptung und ein Anspruch - nicht unbedingt auch Realität. Die Suche nach funktionierenden Verbindungen beider ist eine ungelöste Aufgabe.
2. Sozialwissenschaftliche Debatten aber auch die vorherrschenden Politiken haben sich von diesem Feld zwischen Einmischung und Mitarbeit kaum einen Begriff gemacht. Es dominieren Sichtweisen, die politische Partizipation und Deliberation auf der einen und freiwillige Mitarbeit auf der anderen Seite getrennt verhandeln und deshalb auch keine Konzepte zu ihrer Verbindung entwickeln können.
3. Es haben sich aber in den letzten Jahrzehnten innerhalb der weiten und vielfältigen Landschaft an Engagement- und Beteiligungsformen viele Ansätze und Projekte herausgebildet, die gerade deshalb funktionieren, weil hier Engagement und Partizipation in neuen Formen zueinander finden.
4. Will man Engagement und Beteiligung für die Zukunft zusammendenken, dann geht es um Formen einer demokratischen Governance, die die Bürgergesellschaft und ihre Akteure nicht nur als Mitredende, sondern auch mit ihren praktischen Projekten, Experimenten und ihrem Erfahrungswissen anerkennt. Und es geht um Institutionen des Sozialen, für deren Qualität nicht nur der sozial-staatliche Beitrag sondern auch Mitverantwortung und Engagement gesellschaftlicher Stakeholder zählen.

1. Unter dem Dachbegriff des bürgerschaftlichen Engagements – unbewältigte Fragen nach Verbindungen von politischer Partizipation und Alltagsengagement.

Eine Enquetekommission des Deutschen Bundestages ist vor mehr als zehn Jahren angetreten, ein weites Feld unter einem Begriff – dem des bürgerschaftlichen Engagements – zusammenzudenken. Im Blick zurück will es allerdings so scheinen als hätte man dabei die Probleme unterschätzt, die darin bestehen, so etwas wie die Barrieren und Chancen für ein gutes Miteinander oder gar eine wechselseitige Stärkung verschiedener Ausdrucksformen von Engagement, etwa dem in Pflege- und

Bürgerinitiativen, bei Vereinen zur lokalen Traditionspflege und Protesten gegen ein "von Oben" verordnetes Großprojekt zu thematisieren.

Hochwillkommen war in diesem Zusammenhang als theoretischer Unterbau das Angebot von Theoretikern wie Putnam: jede Form von Engagement und Gesellung dient letztlich einem demokratischen Gemeinwesen – vom Chorsingen bis zur Planungsbeteiligung. Dieses fast zum Gemeinplatz gewordene Vertrauen darauf, dass es so etwas wie natürliche Übergänge zwischen „politischer“ Partizipation und Alltagsengagement gibt, hat die Frage danach, ob die Vermittlung beider nicht auch eine politische Aufgabe sei, kaum aufkommen lassen. Betrachtungsweisen, die das Eine vom Anderen getrennt verhandeln erscheinen dann nicht weiter problematisch. Das kann bis zu dem Punkt gehen, wo die sicherlich vorhandenen Unterschiede affirmativ behandelt werden.

- Auf der einen Seite wird Engagement derart auf Aktivitäten des Helfens, der Geselligkeit und des Beweisen von Gemeinsinn verkürzt, dass es völlig unstatthaft erscheint Fragen nach Bürgerprotesten wie Stuttgart 21 überhaupt in diesen Zusammenhang zu stellen.
- Auf der anderen Seite wird – wie in den jüngst von der Bertelsmann-Stiftung und dem baden-württembergischen Staatsministerium herausgegebenen Abhandlungen zu „Partizipation im Wandel“ (2014) - der aktive Bürger schlechthin auf den mitsprechenden und mitentscheidenden Bürger eingeschrumpft. Engagement als praktisches tätig werden, so wie etwa in Energiegenossenschaften, Schulfördervereinen und dergleichen gerät dabei aus dem Blickfeld. Mitarbeiten geht im Mitreden auf.

International gibt es jedoch auch von Seiten der Wissenschaften durchaus Beiträge, die das Verhältnis *beider* Seiten untersuchen und problematisieren. Auch wenn man - wie etwa die international renommierte Nina Eliasoph - zu der Schlussfolgerung gelangt, dass viele Formen von Engagement der Politik gerne aus dem Wege gehen („Avoiding Politics“ 2002), so geschieht diese Feststellung doch in kritischer Absicht. Mit Anderen fragt Eliasoph danach, was „volunteering“ und „civic activism“ (ich übersetze dies hilfsweise mit „Alltagsengagement“ und „politischer Beteiligung“) stärker zusammenbringen könnte.

Fazit: Angesichts der Tendenz zur Verselbständigung einer sich wechselseitig oft ignorierenden Partizipations- und Engagementdebatte verliert der Dachbegriff vom „bürgerschaftlichen Engagement“ an Wert. Solange es nicht gelingt zu zeigen, wo und wie Alltagsengagement mit Formen der Beteiligung in öffentlichen Debatten und politischen Entscheidungsprozessen verbunden werden können ist „bürgerschaftliches Engagement“ nur ein verzichtbarer Sammelbegriff.

Wenn man allerdings Verbindungen zwischen verschiedenen Formen und Verständnissen von Engagement nachgeht, dann ist es ratsam die vereinfachende Polarisierung von „volunteering“ und „civic activism“, freiwilliger Mitarbeit hier und einem sich Einmischen in politisch kontroverse Fragen dort in Frage zu stellen. Es gibt Zwischenstufen und Verbindungen dieser Extrempunkte, eine Vielfalt und Diversität, die auch mit der Geschichte von Partizipation und Engagement verknüpft ist. Ein Blick zurück darauf ist lohnend.

2. Beteiligung und Engagement in Projekten – auf der Suche nach neuen Verbindungen zwischen Lebensalltag und Politik.

Die großen historischen Gesellschaftskonzepte und deren Politiken (politics) hatten immer einen Platz für viele unterschiedliche Formen von Engagement und Beteiligung. Sie reichten vom geselligen Miteinander über organisierte Hilfen und Solidaritäten bis zur aktiven Mitgliedschaft in Parteien und Interessengruppen. Bis hinein in die Mitte des vorigen Jhdts. waren es Ideologien, Weltanschauungen und Milieus die diesen verschiedenen Formen des Engagements praktisch und konzeptionell zusammenzuhalten versuchten. Ein solcher Blick zurück kann vor allem auf eines aufmerksam machen – auf organisierte Verbindungen und Formen des Engagements zwischen den Polen von freiwilliger Mitarbeit und politischer Partizipation. Sie reichten von der Funktionärsarbeit in der Wohnungsgenossenschaft bis zur ehrenamtlichen Mitarbeit im Vaterländischen Frauenverein.

Die Entwicklung in der zweiten Hälfte des letzten Jhdts. mit der Stabilisierung von liberaler Demokratie und Sozialstaatlichkeit kann demgegenüber durchaus als eine gegenläufige Bewegung verstanden werden. Engagement in Parteien, Gewerkschaften und Genossenschaften verlor ebenso an Bedeutung wie das Honoratioren- und Ehrenamtssystem konservativer Politik. Mit der Professionalisierung der Politik und Formen der Beteiligung, die sich auf wenige Vertreter großflächig organisierter Interessen verengte, verband sich die Professionalisierung des Sozialen. Vor diesem Hintergrund erschien der Umfang an mitarbeitenden Ehrenamtlichen eher als ein Gradmesser für die Rückständigkeit entsprechender Dienste und Einrichtungen, das Engagement dort als Hilfstätigkeit und nicht als Ausgangspunkt innovativer Konzepte sozialer Unterstützung.

Mit dieser Konstellation aus der Nachkriegs-Zeit brach das, was als „Studentenbewegung“ sich zu damals neuen sozialen Bewegungen weitete und darüber hinaus gehende Phänomene auslöste, für die man erst neue Begriffe wie „Bürgerinitiative“ oder „Alternativprojekte“ erfinden musste.

Die vorher angesprochenen traditionellen Engagementformen in Parteien, Gewerkschaften, bei Wohlfahrtsverbänden, Abstimmungsgremien und Beiräten sind davon in den letzten Jahrzehnten überlagert, erweitert und zum Teil auch verdrängt worden. Im Kontext der Umweltbewegungen aber auch der Krise traditioneller Sozialstaatlichkeit und damit verbundener Formen des Regierens und Verwaltens entstanden neue Formen und Sinnbezüge von Engagement. Was neu in dieser vielfältigen Landschaft ist, kann man vielleicht am besten mit zwei Etiketten markieren:

Engagement als Ausdruck veränderter Lebensformen und –wünsche. Neben dem, was traditionell schon immer eine Rolle spielte, Engagement für Verbesserungen von Diensten, Einrichtungen und die Aufgabe, auszuhelfen bei Versorgungslücken, sind Initiativen getreten, bei denen es um die Veränderung von Lebensformen und Bewältigungskonzepten geht – um andere Formen des Umgangs mit Natur und Umwelt, andere Vorstellungen von Gesundheit, Lebensweisen und Ernährung, andere Vorstellungen von Urbanität, Nachbarschaft, städtischem Leben. Alltagsengagement repolitisiert sich - nicht im engen und unmittelbaren Sinne der Kanalisierung in Beteiligungsgremien sondern im weiteren Sinn der Anschlussfähigkeit zwischen dem was

Alltagsengagement bewegt und Fragen der großen Politik. Antony Giddens hat in diesem Zusammenhang den Begriff einer „Politik der Lebensstile“ geprägt.

Engagement in Projekten. In den klassischen Arrangements von liberaler Demokratie und Sozialstaat suchten gesellschaftliche Forderungen nach Veränderungen und Verbesserungen ihren Weg als Forderung nach Reform durch staatliche Politik über die gegebenen Kanäle der Interessenvertretung und über Einflussnahme durch Protest. Mit der Kultur der Sozial-, Kultur- und Alternativprojekte hingegen sind Formen des Engagements wieder aufgewertet worden, bei denen man die Dinge selbst in die Hand zu nehmen sucht. Am Rande der fester gefügten kommunalen und (sozial)staatlichen Einrichtungen sind in den letzten Jahrzehnten neue zumeist nur schwach institutionalisierte Angebote entstanden, die in vieler Hinsicht zwischen Politik und Lebenswelt stehen – Freiwilligenagenturen, Sozialbetriebe, soziokulturelle Zentren. Wenn es um Beschäftigte und Leistungsumfang geht, haben sie nur geringes Gewicht; große Bedeutung hingegen gewinnen sie als Innovationsanstöße (Evers/Ewert/Branden 2014). Projekte mitsamt ihren Netzwerken sind in der Regel eine Mischung aus pragmatischen Lösungen und zukunftsbezogenen Botschaften. Getragen werden sie von einem weiten Spektrum an Engagementformen, vom Sozialunternehmer über das Engagement derer, die technisches Know-how bei sozialen Medien und Umweltechnologien einbringen, bis hin zur Unterstützung durch „politische Unternehmer“ aus Verwaltung und Politik.

Mit der Gegenüberstellung von Betroffenen, die mitsprechen wollen, und Bürgern, die sich praktisch engagieren, erfasst man solche Entwicklungen in der Engagementlandschaft nicht. Es gilt, Begriffe, Konzepte aber auch Politikformen zu finden die diese Aktionsformen mit ihren Ansätzen der Wiederverknüpfung von Alltag und Politik, Lokalem und Globalem besser zu erkennen und aufzunehmen vermögen (dazu am Beispiel Baden-Württemberg: Evers 2014). Weder die gängige politikwissenschaftliche Partizipationsliteratur noch die Vermessungen von Engagement durch Freiwilligensurveys haben hierzu viel beigetragen. Aber auch Konzepte, die lediglich mit dem Begriffspaar von „civic activism“ und „volunteering“ operieren sind da unzureichend.

3. Versuche, zwischen Politik und Alltag ein neues Band zu knüpfen

Das alles soll nicht etwa auf die Utopie einer weitgehenden Fusion zwischen Politik und der Beteiligung daran und dem weiten Feld von Alltagsengagement und Projekten hinauslaufen. Das Feld von Phantasie, Projekten und „Subpolitiken“ in der Bürgergesellschaft wird immer anders und weiter geschnitten sein als das enger begrenzte Feld der Politik, ihrer Rationalität und Kompromisse und der daran Beteiligten. Außerdem gibt es Bereiche, wie etwa die der Partizipation bei Großprojekten, wo es fast ausschließlich um ein „gehört werden“ und kaum ums „selber machen“ geht. Und auch umgekehrt: viele Aktivitäten, die auf Engagement bauen, sind vor allem darauf bedacht, dass Politik und Verwaltung ihnen nicht dreinreden.

Es findet sich aber eine ganze Reihe von Arenen wo man auf der Suche nach nachhaltigen Änderungen geradezu darauf angewiesen ist, ein Band zwischen politischer Beteiligung und dem Alltagsengagement der Bürger zu knüpfen. Es gibt in diesen Arenen Ansätze zur Verknüpfung

politischer Beteiligung und freiwilliges Engagements, die vor allem dann erleichtert werden, wenn Partner aus der professionellen Politik und Verwaltung kompatible Zielvorstellungen haben.

- *Energie und Umwelt:* Vor dem Hintergrund des übergreifenden Ziels eine Energiewende Wirklichkeit werden zu lassen, sind selbst organisierte Energiegenossenschaften nicht nur Ausweis der Kompetenz der Bürger die sich dort engagieren sondern oft auch kompetente Partner von Kommunen, die auf der Suche nach eine neuen lokalen Energiepolitik sind.
- *Soziale Stadt:* Vor dem Hintergrund einer verbindenden Vorstellung von Nachbarschaft und städtischem Leben umfassen Projekte der Revitalisierung von Stadtteilen sowohl die Schaffung und Belebung der verschiedensten Formen von Vereinen als auch runde Tische, wo Projekte mit Vertretern der Politik, Verwaltung und Wirtschaft erörtert werden
- *Schulpolitik.* Vor dem Hintergrund eines Leitbilds von Schule, bei dem sie als Knotenpunkt in einer weiter gefassten Bildungslandschaft verstanden wird, geht es auf dem Weg zu Ganztagsangeboten nicht nur um neue Formen der Schüler und Elternmitarbeit, sondern darüber hinaus auch um Zusammenarbeit mit Vereinen und der Wirtschaft. Partner der Politik bei solchen Vernetzungen von Engagement und Partizipation sind nicht nur Elternbeiräte sondern auch Fördervereine. Praktische Unterstützung und Beteiligung an Entscheidungen und Erörterungen verschränken sich.
- *Alter und Pflege.* Vor dem Hintergrund des verschieden interpretierbaren aber doch zur Versorgungskultur der Vergangenheit einen Trennstrich ziehenden Leitbilds vom „aktiven Alter“ ist ein Gebiet entstanden, wo sich neben alten und neuen Formen des Engagements bei Sorge und Pflege, Mobilitäts- und Kommunikationshilfen, auch neue Formen des zusammen Lebens herausbilden, Projekte wie Mehrgenerationenhäuser, oder Netzwerke rund um Seniorenbüros, die ohne (kommunal)politische Beteiligung und Unterstützung nicht existieren können.
- *Asylpolitik.* Sie bietet ein eindringliches Beispiel dafür, wie eng verwoben Fragen des Engagements als praktischer Unterstützung und des Engagements als Einmischung in demgegenüber abgeriegelte Entscheidungsstrukturen sind.

Alles in allem: Hier entstehen Netzwerke, Selbstorganisations- und Beteiligungsformen, wo die vielerorts sicherlich noch gültigen Trennungen zwischen Formen der Mitarbeit und der Mitsprache, von Fragen des Lebensalltags und Fragen der Politik, von Aufgaben der Verwaltung und Aufgaben der Engagierten in einem neuen Wechselspiel verringert werden. Insoweit wie das passiert, macht dann der Dachbegriff vom „bürgerschaftlichen“ Engagement Sinn. Er sammelt nicht einfach Verschiedenes sondern benennt ein Feld, in dem es Vermittlungen, Symbiosen und Synergien gibt.

4. Gefragt: neue Konzepte von demokratischer Governance und Sozialstaatlichkeit

Ein Blick auf die o.g. Arenen von Verbindungen zwischen Partizipation und Engagement zeigt jedoch auch, wie unvollständig und prekär sie sind.

Neue Beteiligungspraktiken, die Engagement und Projekte einschließen, grenzen sie in mancher Hinsicht auch gleichzeitig wieder aus. Aus der Umweltpolitik sind z.B. kaum Beteiligungskonzepte bekannt, die Energiegenossenschaften und ihrem Sachverstand bei der Planung von Versorgungskonzepten ausdrücklich einen gesicherten Platz für Mitsprache sichern; wenn es um einen neuen Programmabschnitt bei der Förderung von Mehrgenerationenhäusern durch die Bundespolitik geht, gibt es keinen runden Tisch, bei dem örtliche Vertreter von Politik und Einrichtungen mitsamt ihrer Erfahrungen und Vorstellungen gefragt sind; in der Schulpolitik begrüßt man zwar den Umstand, dass es mittlerweile fast überall Fördervereine gibt; aber diese neuen mittlerweile bundesweit vernetzten Organisationen sind als Partner bei der Entwicklung von Ganztagskonzepten kaum gefragt. Und hat schon einmal jemand daran gedacht das Know-how der ebenfalls bundesweit vernetzten Seniorenbüros in Prozesse der Entwicklung einer neuen Altenpolitik aufzunehmen?

Die de facto wachsende Rolle engagierter Initiativen, Vereine und Projekte bei sozialen Einrichtungen (laut ZIVIZ-Bericht sind Organisationen mit solchen Zielen und Aufgaben der stärkste Wachstumsbereich im Dritten Sektor) leidet auch darunter, dass man in der Sozialpolitik offiziell am traditionellen Konzept einer hundertprozentigen staatlichen und kommunalen Alimentierung festhält. Es gibt kaum Vorstellungen von institutionellen Designs, die auf einer Mitverantwortung gesellschaftlicher Stakeholder, speziell der Bürger und Nutzer beruhen. Vor diesem Hintergrund braucht es mit Blick auf die Zukunft zweierlei:

(a) Formen und Prozesse demokratischer Governance, die engagement-sensibel und -förderlich sind; Wissen, Erfahrungen und praktische Beiträge aus Projekten, Initiativen und dem Kreis der sie tragenden „change agents“ sollten in Beteiligungsprozessen und ihrem institutionellen Design besonders berücksichtigt werden

(b) Konzepte öffentlicher Einrichtungen und Dienste, die eine Mitverantwortung von Bürgern und Adressaten als Koproduzenten und Mitträger ausdrücklich vorsehen; es geht um die Aktivierung und Nutzung der Ressourcen von „stakeholdern“ aus der Bürgergesellschaft

In Hinblick auf den ersten Punkt, eine „new governance“, ist m.E. die um den in den USA geprägten Begriff des „*democratic experimentalism*“ herum entwickelte Debatte (Sabel 2001) sehr aussagekräftig. Er bezeichnet eine Politik, die mit der Bürgergesellschaft nicht nur dialogisiert, sondern die mit ihren Verfahren und Programmen mehr Raum und Unterstützung für lokale Experimente mit neuen Antworten und Bewältigungsformen gibt. Es geht darum, mit Förderprogrammen und Regelveränderungen mehr Raum für praktisches Engagement beim Erproben von Neuem und Anderem zu geben, so dass in partizipativen Verfahren die Bürger nicht nur per Diskussion an etwas beteiligt sind, was nach wie vor von Experten erdacht und dann top down ausgeführt werden soll. Veränderung durch Politik wird hier eher als eine Frage nach Chancen für ein mainstreaming innovativer Bewältigungsformen für drängende Umwelt- und Sozialprobleme verstanden.

In Hinblick auf den zweiten Punkt, die Entwicklung neuer gemeinschaftlicher Einrichtungen und Angebote, braucht es Konzepte, die öffentliche Einrichtungen auch als *commons* (Hess 2008) erfahrbar machen, also als Dienste und Angebote, bei denen nicht geleugnet wird, dass ihr Umfang und ihre Qualität auch von freiwilliger Mitarbeit und Mitverantwortung einer Vielzahl von Akteuren aus der (lokalen) Bürgergesellschaft abhängen. Sozialstaat und Kommunalverwaltungen können einen festen und verlässlichen Kern bieten. Aber es braucht in dieser Perspektive für eine Zukunft des Sozialen immer auch einen ergänzenden Mantel an Beiträgen aus Gesellschaft und Wirtschaft.

Alles in allem: Vorhandene Formen der Verschränkung von Freiwilligentätigkeit und Partizipation brauchen Vorstellungen davon wie in Zukunft demokratische Prozesse des Regierens und Institutionen des Sozialen aussehen sollen. Ohne sie wird politische Beteiligung sehr oft uninteressant und möglicherweise nur als ein Instrument der Herstellung von Folgebereitschaft funktionieren. Und die breite und vielfältige Landschaft an Projekten ist auf solche Konzepte dringend angewiesen, will sie nicht in vorgefertigten Förderprogrammen und opportunistischen Klientelbeziehungen steckenbleiben.

Literatur

Bertelsmann Stiftung / Staatsministerium Baden Württemberg (Hg.) 2014: Partizipation im Wandel.. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung

Eliasoph, Nina 2009: Avoiding Politics. How Americans produce Apathy in Everyday Life. Cambridge UK: Cambridge University Press

Evers, Adalbert 2014: Leuchttürme in Baden-Württemberg? Zur Weiterentwicklung von Bürgerbeteiligung im Land

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2014/06/NL12_Vortrag_Evers.pdf.

Evers, Adalbert / Ewert, Benjamin / Brandsen, Taco 2014: Social Innovations for social cohesion: Transnational patterns and approaches from 20 European cities. (e-book) www.wilcoproject.eu

Hess, Charlotte 2008: Mapping the New Commons

http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1356835

Sabel, Charles F. 2001: A quiet revolution of democratic governance: towards democratic experimentalism, in: OECD (ed.) Governance in the 21st century Paris. OECD, S. 121-148

<http://www.oecd.org/futures/17394484.pdf>

Autor:

Prof. Dr. Adalbert Evers war bis Herbst 2013 Professor für Vergleichende Gesundheits- und Sozialpolitik an der Justus - Liebig - Universität Gießen. Gegenwärtig arbeitet er u.a. als senior fellow am Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) an der Universität Heidelberg. Seine Schwerpunkte sind Theorien des Sozialstaats und der Sozialpolitik, Dritter Sektor und Zivilgesellschaft, persönliche soziale Dienstleistungen im internationalen Vergleich, Governance Konzepte, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement.

Kontakt: Adalbert.Evers@uni-giessen.de

Redaktion:

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 5

[newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

www.b-b-e.de